

Merkel hat die Bremse reingehauen

Die Bundeskanzlerin war es offenbar leid, immer nur zu appellieren – Den lauten Protest von Verbänden nimmt sie hin

Von unserer Berliner Korrespondentin Kristina Dunz

■ **Berlin.** Was hat Angela Merkel nicht alles versucht. „Die Lage ist ernst“, „Bitte bleiben Sie zu Hause“, „Verzichten Sie auf jede Reise, jede Feier, die nicht zwingend notwendig ist“ – die Deutschen erleben in der Corona-Krise eine Seite der Kanzlerin, die sie zuvor in den 15 Jahren ihrer Amtszeit nicht kennengelernt haben. Bitten, Mahnungen, Warnungen. Die sonst gern so sachliche Physikerin plötzlich mit viel Emotion in einer Krise, die sie für ein furchtbares Unglück hält, für die größte Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg.

Aber nun muss der 66-Jährigen der Geduldssaden gerissen sein. Schon ihr Podcast am Samstag, in dem sie einfach ihren Podcast aus der Vorwoche wiederholte und vorstellte, dass ihr schlicht nichts Besseres einfalle, war ein Hinweis darauf. Das ist so, als wenn Journalisten ihren Kommentar von neuem noch mal drucken würden, weil sie finden, dass sie damit bereits Recht hatten und es müßig ist, das nur noch mal anders aufzuschreiben. Von drohendem „Unheil“ hatte sie in den vergangenen Wochen gesprochen und über zu weiche Maßnahmen geschimpft.

Merkel war es offensichtlich jetzt leid, wie eine Mutter dem unvorsichtigen Kind mit immer neuen Beschreibungen zu erklären, dass die Herdplatte verdammt heiß ist. Deshalb betonte sie, dass „Wort für Wort“ gelte, was sie in der Vorwoche gesagt habe. Etwa dieses: „Jeder Tag zählt.“

An jedem neuen Tag schnellte die Zahl der Neuinfektionen dann aber weiter in die Höhe. 15 000 waren es am Mittwoch, die Zahl der Toten stieg innerhalb von nur zwei Wochen auf mehr als das Doppelte. Das übertrifft sogar Merckels schlimmste Befürchtungen.

„Wenn es bei diesem Tempo bleibt, kommen wir an unsere Leistungsgrenzen“, warnt sie deshalb am Mittwochabend nach der Videoschalte mit den Ministerpräsidenten. Es müsse dringend verhindert werden, dass es zu einem nationalen Notstand des Gesundheitssystems komme. Das wichtigste Instrument zur Eindämmung der Pandemie sei die Nachverfolgung der Kontakte. Aber diese funktioniere an vielen Stellen nicht mehr. Bei 75 Prozent der Fälle „wissen wir nicht mehr, woher die Infektionen kommen“.

Deswegen haben die Regierungschefin und die Ministerpräsidenten, die lange genervt von Merckels Strenge waren, nun gemeinsam die Bremse reingehauen. Sie vereinbarten die Rückkehr zu massiven Kontaktbeschränkungen, um die Gefahr der Ansteckung zu verringern. Diese gelten bereits ab dem kommenden Montag. Dann sollen sich Angehörige nur noch



Da geht es lang: Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Länder auf Linie gebracht, die Maßnahmen im Kampf gegen Corona werden wieder deutlich verschärft. Und die Kanzlerin zeigt sich emotional wie nie zuvor.

Foto: dpa

des eigenen und eines weiteren Hausstandes mit maximal zehn Personen gemeinsam in der Öffentlichkeit aufhalten dürfen. Freizeit- und Unterhaltungsveranstaltungen werden untersagt, Theater, Opern, Sportstätten, Gaststätten werden bis Ende des Monats geschlossen. Schulen und Kitas bleiben geöffnet. Die Hilfe des Bundes wird erweitert.

„Eine befristete Kraftanstrengung“

„Wir brauchen noch einmal eine nationale Kraftanstrengung“, appelliert Merkel. Sie spricht von harten, belastenden Maßnahmen für das gesamte Land. „Es ist heute ein schwerer Tag für politische Entscheidungsträger“, betont sie. In etwa zwei Wochen sollen die Maßnahmen überprüft werden. Merkel hofft auf Verständnis der Bürger.

Hintergrund

Wissenschaftler gegen einen pauschalen Lockdown

Ärzte und Wissenschaftler haben sich gegen ein breites Herunterfahren des Alltagslebens zur Corona-Eindämmung ausgesprochen und werben für größere Bemühungen um Akzeptanz. „Eine pauschale Lockdown-Regelung ist weder zielführend noch umsetzbar“, sagte der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Gassen. Man könne nicht das ganze

Sie weiß nur zu gut, wie umstritten die Entscheidungen sind.

Wie schwer die Entscheidungen sind, zeigen die Reaktionen: Zahlreiche Interessenverbände bezeichnen die Maßnahmen als überzogen und ungerecht, Bundestagsabgeordnete fordern eine Einbeziehung des Parlaments in die Beschlussfassung. FDP und Linke nennen die Maßnahmen unverhältnismäßig und damit unrechtmäßig. Erneute Klagen sind nicht auszuschließen. Ärzte wiederum bitten die Regierung um Hilfe bei der Eindämmung der Pandemie.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) ist derzeit Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK). Seine Landespartei will am Samstag einen neuen Vorstand wählen. Dazu soll ein Parteitag mit 278 Delegierten zusammenkommen. Bun-

desfamilienministerin Franziska Giffey kandidiert. Wo bleibt die Vorbildfunktion? Müller kündigt in der Pressekonferenz ein Überdenken an.

Junge Union will eine Urwahl

CDU und Linke im Bund haben zwar mehr Delegierte als die Berliner SPD, aber sie haben ihre Wahlparteitage mit erheblichen Schwierigkeiten bereits abgesagt, um der Corona-Politik Glaubwürdigkeit zu verleihen. Der Streit in der CDU, deren Kandidat für den Vorsitz, Friedrich Merz, die Absage der Wahl als gezielten Schlag aus der Parteispitze gegen sich bewertet, geht heftig weiter. Die Junge Union teilte mit, dass der Landesverband Sachsen-Anhalt ihren Vorschlag aufgenommen und beim Bundesvorstand die Prüfung einer Urwahl beantragt habe.

Die größte Sorge von Regierungen in Bund und Ländern ist aber nicht, dass die CDU bis Weihnachten einen neuen Vorsitzenden hat, sondern ob die Menschen im Land wenigstens gemeinsam Weihnachten feiern können. Denn das mag sich keiner vorstellen: Harte private Kontaktbeschränkungen, wenn die Sehnsucht vieler Menschen nach Zusammensein und innerem Frieden gerade in diesem Jahr am größten ist.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CDU) versucht, Mut zu machen. Es dürften die Fehler zu früher Lockerungen nicht wiederholt werden, warnt er. Aber bei allem Schwermut gebe es Grund zum Optimismus. Es handele sich diesmal um einen „milderen Lockdown“, Impfstoffe seien in Arbeit. Deshalb, erklärt Söder: „Es gibt auch ein Morgen.“

Hendrik Streeck kritisierte zudem, „dass der Schutz der Risikogruppe zu kurz kommt“. Vorkehrungen und Tests in Pflegeheimen und Kliniken seien nicht systematisch genug. Der Hamburger Virologe Jonas Schmidt-Chanitsch betonte, die Schutzregeln seien eigentlich ausreichend – müssten aber besser erklärt werden, etwa auch Menschen, die nicht gut Deutsch sprechen.

Das sind die konkreten Beschlüsse

Kitas und Schulen sollen diesmal offen bleiben – Doch in vielen anderen Bereichen gibt es Einschränkungen

■ **Berlin.** Das Ziel ist klar formuliert: Familien und Freunde sollen sich zu Weihnachten wieder ohne größere Angst treffen können. Doch dafür müssen sich alle jetzt erst mal deutlich einschränken, meinen Bund und Länder. Die neuen Regeln kommen denen vom Frühling schon recht nah. Sie sollen am 2. November in Kraft treten – und vorerst bis Monatsende gelten.

1 Kontakte: In der Öffentlichkeit dürfen sich nur noch Angehörige zweier Haushalte treffen – maximal zehn Personen. Feiern in Wohnungen und privaten Einrichtungen werden als „inakzeptabel“ bezeichnet.

2 Gastronomie: Restaurants, Bars, Klubs, Diskotheken und

Kneipen werden geschlossen. Erlaubt sind weiter Lieferdienste und Essen zum Mitnehmen. Auch Kantinen dürfen öffnen.

3 Freizeit: Freizeiteinrichtungen werden geschlossen. Dazu gehören Theater, Opern, Konzerthäuser, Messen, Kinos, Freizeitparks, Saunen, Spielhallen, Spielbanken, Wettannahmestellen und Bordelle. Alle Veranstaltungen, die der Unterhaltung dienen, werden untersagt.

4 Sport: Fitnessstudios, Schwimm- und Spaßbäder werden geschlossen. Der Amateursportbetrieb wird eingestellt, Vereine dürfen also nicht mehr trainieren. Individualsport, also etwa das Joggen allein oder zu

zweit, ist weiter erlaubt. Profisport wie die Fußball-Bundesliga ist nur ohne Zuschauer zugelassen.

5 Reisen: Die Bürger sollen auf private Reisen, Tagesausflüge und Verwandtenbesuche verzichten – auch im Inland. Lediglich zwingende Dienstreisen sollen weiter möglich sein. Hotels und Pensionen dürfen keine Touristen mehr aufnehmen.

6 Dienstleistungen: Kosmetikstudios, Massagepraxen und Tattoostudios werden geschlossen, weil hier der Mindestabstand nicht



„Große Gruppen im privaten Raum sind ein No-Go.“

SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach zu den Kontaktbeschränkungen

eingehalten werden kann. Medizinisch notwendige Behandlungen etwa beim Physiotherapeuten oder Fußpflege sind weiter möglich. Auch Friseure bleiben geöffnet. Die dort geltenden Hygienevorschriften seien ausreichend.

7 Arbeit: Überall, wo das möglich ist, soll wieder von zu Hause gearbeitet werden.

8 Einkaufen: Der Einzelhandel bleibt geöffnet – es gibt aber Vorschriften, wie viele Kunden gleichzeitig im Laden sein dürfen. Es gilt die Regel: ein Kunde braucht

mindestens zehn Quadratmeter Platz. In einer Beschlussvorlage der Bundesregierung war ursprünglich von 25 Quadratmetern die Rede gewesen.

9 Schulen und Kitas: Schulen und Kindergärten bleiben diesmal offen. Darauf hatten vor allem Wirtschaftsinstitute und -verbände gedrängt, um Eltern im Homeoffice nicht erneut zu belasten. Auch Einrichtungen der Sozial- und Jugendhilfe bleiben diesmal offen.

10 Firmen: Betriebe, Selbstständige und Vereine, die von den neuen Corona-Regeln besonders betroffen sind, bekommen große Teile ihres Umsatzausfalls ersetzt. Bei Firmen mit maximal 50

Kommentar

Manfred Ruch zu den Folgen des „Lockdown light“



Zieht endlich die Verweigerer zur Rechenschaft

Die Regierungen in Bund und Ländern drohen mit ihrem neuen Maßnahmenpaket gegen die Verbreitung des Coronavirus viel Kredit bei Bürgerinnen und Bürgern zu verspielen. Der „Lockdown light“, wie die drastischen Einschränkungen genannt werden, trifft in vielen Fällen ganz undifferenziert die Faltschen, während die wahren Pandemietreiber kaum zur Rechenschaft gezogen werden.

Mehr als 80 Prozent der Menschen in Deutschland haben bislang treu und brav alle Abstands- und Hygieneregeln umgesetzt. Zahlreiche Gastronomen und Kultureinrichtungen haben im Vertrauen auf die Politik viel Zeit und Geld in aufwendige Hygienekonzepte investiert, um die Sicherheit ihrer Gäste zu gewährleisten. Sie alle müssen sich vor den Kopf gestoßen fühlen.

Gleichzeitig mussten wir mit ansehen, wie die Zahl der Corona-Verstöße stieg und stieg. Wie der Staat von Demonstranten ohne Maske vorgeführt wurde. Wie Großhochzeiten gefeiert wurden, als gäbe es keine Pandemie. Wie sich in einschlägigen Gaststätten das feiernde Publikum dicht an dicht drängte oder hinter verschlossenen Türen illegale Partys organisiert wurden. Haben wir danach von drakonischen Bußgeldern gehört?

Es ist ganz gewiss eine schwere Zeit für die Politik. Das Infektionsgeschehen hat sich so sehr beschleunigt, dass die Reißleine unausweichlich scheint. Doch etwas unterscheidet die aktuelle Lage erheblich von der Situation im Frühjahr: Im März wussten wir quasi noch nichts über das Coronavirus und konnten nur mit einem kompletten Lockdown reagieren. Jetzt wissen wir viel mehr über das Infektionsgeschehen – und letztlich auch, wer die Pandemietreiber sind. Es sind vor allem private Feiern und Zusammenkünfte in geschlossenen Räumen, bei denen Hygiene- und Abstandsregeln unbeachtet bleiben. Es sind also bewusste Verstöße von Menschen, die sich nicht darum scheren, welche Folgen das für die Gesellschaft hat.

Ein Lichtblick: Die Politik hat wenigstens zusätzliche Hilfen für die von Schließung betroffenen Betriebe angekündigt. Aber sie muss endlich auch konsequent gegen diejenigen vorgehen, die die Corona-Regeln missachten. Gerade Letzteres erwarten die mehr als 80 Prozent, die sich daran halten.

E-Mail: manfred.ruch@rhein-zeitung.net

